

Die Bundestagskandidaten im Wahlcheck

Thüringer Allgemeine stellte den zehn Direktkandidaten des Nordthüringer Wahlkreises, die Sie mit Ihrer Erststimme wählen können, acht Fragen. Lesen Sie heute die – in Art und Umfang sehr verschiedenen – letzten vier Antworten zu den Schwerpunkten, die die Kandidaten vertreten

2017 BUNDESTAGS WAHL



Manfred Grund
CDU



Kersten Steinke
Die Linke



Steffen-Claudio Lemme
SPD



Jürgen Pohl
AfD



Stephanie Kespohl
Bündnis 90/Die Grünen



Ronald Krügel
FDP



Uwe Reiche
Freie Wähler



Karl-Edmund Vogt
ÖDP



Severin Rascopp
parteilos



Eckehart Rieth
parteilos

Wo sehen Sie den aktuellsten Handlungsbedarf im Landkreis Nordhausen?

Ortsumfahrung Greußen.

Akuter Handlungsbedarf besteht derzeit immer noch beim Bundesverkehrswegeplan. Die Ortsumgehungen Greußen und die Sundhäuser Berge stehen bei mir natürlich ganz oben auf der Prioritätenliste. Gerade in Greußen ist mein persönlicher Einsatz dahingehend bekannt und ich stehe da in regelmäßigem Kontakt mit dem Bürgermeister und der Bürgerinitiative. Allerdings sind die Zeitabläufe beim Bundesverkehrswegeplan sehr lang. Die Erarbeitung des Vorentwurfs begann im September 2015, die Ortsumgehungen ist mittlerweile als vordringlicher Bedarf eingestuft. Da ist es vor Ort schwer erklärbar, dass eine Fertigstellung bis 2030 geplant ist. Bis dahin wird der Bundestag noch vier Mal neu gewählt.

Die Daseinsvorsorge für die älter werdenden Menschen im Landkreis, vor allem im ländlichen Raum, muss wieder verbessert und teilweise neu gedacht werden. Die ärztliche Versorgung im Landkreis muss erhalten und teilweise ausgebaut werden. Greußen hat da mit der Schaffung eines neuen Ärztehauses gerade einen guten Schritt in die richtige Richtung getan.

Wir haben dringend die Aufgabe, die soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit im Wahlkreis in den Mittelpunkt des Handelns zu rücken. Die Menschen verdienen zu wenig. Die Ostlöhne müssen angeglichen werden. Es droht Altersarmut. Das Problem der niedrigen Entgelte und der Arbeitslosigkeit, Minijobs, Leiharbeit führt zu katastrophalen Rentenaussichten: Jeder Dritte in unserem Wahlkreis hat bei 40 Beitragsjahren und Renteneintritt im Jahr 2030 eine Rentenerwartung von unter 600 Euro je Monat im Jahr 2015. Fast jeder Vierte in unserem Wahlkreis hat bei 45 Beitragsjahren und Renteneintritt im Jahr 2030 eine Rentenerwartung von unter 600 Euro je Monat im Jahr 2015. Fast jeder Zweite in unserem Wahlkreis hat bei 40 Beitragsjahren und Renteneintritt im Jahr 2030 eine Rentenerwartung von unter 800 Euro je Monat im Jahr 2015. Hinzutreten, Verbesserung der Situation in den Heil- und Pflegeberufen, dies durch Einsatz eines Wohlstandslohnes, Verbesserung der Infrastruktur, Förderung der Familie, zum Beispiel durch das Willkommenskindergeld.

Beim aktuellen sehr präsenten Thema Posen.

Überall schnelles Internet und Bau der Ortsumgehungen B 4.

Ansiedlung Gewerbegebiete Autobahn A71/A38 beziehungsweise Artern. Touristen-, Besucher- und Gästezahlen steigern.

Akuter Handlungsbedarf besteht in der Entschuldung der Kreise und Kommunen, damit sie ihre Pflichtaufgaben erfüllen können. Das Geld ist aufgrund der derzeitigen guten Konjunktur vorhanden. Darüber hinaus sollen die Kreise und Kommunen in die Lage versetzt werden, freiwillige Aufgaben im Bereich Kultur – Theater, Orchester, Sport – zum Beispiel Schwimmhallen, in denen Kinder schwimmen lernen und so weiter – zu gewährleisten. In allen Städten besteht wegen der großen Schadstoffbelastung die Notwendigkeit, den öffentlichen Personennahverkehr zu verbessern, das Park- und Ridesystem mit deutlichen Hinweisschildern, Fahrplänen und entsprechenden Übersichten auszubauen. Der Gütertransport muss wieder mehr auf die Schiene verlagert werden. Auch in der frühkindlichen Erziehung läuft einiges schief. Eltern haben aus finanziellen Gründen keine echte Entscheidungsfreiheit, ob sie ihr Kind in den ersten zwei bis drei Jahren selbst erziehen oder in die Kita geben.

Für den gesamten Wahlkreis sehe ich in der Eingliederung der Neubürger in die Wirtschaft und in die Gesellschaft den größten Handlungsbedarf, um den sozialen Frieden in allen Landkreisen zu stärken. Die Neubürger möchten unbedingt arbeiten und nicht weiter den Deutschen auf der Tasche liegen. Es passt nicht zu ihrem Selbstbild und zu ihren Gewohnheiten, sich von außerhalb der Familie versorgen lassen zu müssen. Die Willkommensphase ist vorüber. Das Zusammenleben beginnt. Dies gilt es nun zu gestalten. Die Sammelunterkünfte müssen weg. Und die Flüchtlinge brauchen endlich Klarheit darüber, ob sie in Deutschland eine Perspektive haben oder nicht. Dafür muss das BAMF schneller arbeiten und genauer prüfen. Die Bundespolitik hat hier klare Vorgaben in einem Einwanderungsgesetz oder Integrationsgesetz zu machen. So haben die Kreise endlich rechtliche Sicherheit und Gestaltungsmöglichkeiten.

Beschaffung von Kitaplätzen und besseres Freizeitangebot für Jugendliche inklusive Einbeziehung von Jugendlichen. Infrastruktur der ländlichen Gebiete verbessern.

Wie sieht für Sie die optimale Bundesregierung aus?

Eine stabile Mehrheit nach einer schnellen Regierungsbildung.

Die Bundestagswahl kann eine Richtungsentscheidung werden: für ein sozialeres Land, ein gerechteres Europa und eine friedlichere Welt. Die Linke will eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt: Wir wollen ein Land, in dem alle ihren gerechten Anteil an der Gesellschaft haben. In dem das Leben für die Menschen wieder planbar ist. Wir wollen, dass alle Menschen frei von Armut sind und keine Angst vor sozialem Absturz haben. Eine für mich wünschenswerte Bundesregierung wird sich diese Ziele zu eigen machen.

Für mich wäre die optimale Bundesregierung eine Regierung mit Martin Schulz als Bundeskanzler und einem Koalitionspartner, mit dem wir den größten Teil unserer Vorhaben aus dem Wahlprogramm umsetzen können.

Die optimale Bundesregierung ist mit vielen AfDlern und Thüringern besetzt, die im Interesse Deutschlands und Europas handeln!

Diese besteht aus Menschen, die mit ihren Kompetenzen pragmatische Politik für die Bürger macht, ohne eigene Machtpositionen verteidigen zu wollen.

51 Prozent Wahlergebnis der FDP, damit wir unser Programm voll umsetzen können.

Keine „Groko“. Die Regierung sollte sich auf eine Mehrheit von wenigstens 60 Prozent des Bundestages stützen können. BundeskanzlerIn sollte direkt vom Volk gewählt werden. Die Nationale Front der eingessessenen Regierungsparteien (sowie deren Lobbyisten) verhindert derzeit strukturelle Veränderungen und Einhaltung klarer Programmaussagen nach der Wahl.

Eine Bundesregierung, in der die ÖDP Sitz und Stimme hat. Es kommt nicht so sehr auf die Parteien an, sondern auf die Arbeit der Regierung. Diese wird aber durch zu viele Lobbyisten beeinflusst. Die ÖDP hat deshalb in ihrem Grundsatzzprogramm das Verbot jeglicher Firmenspenden, um unabhängig urteilen zu können.

Ich würde es gut finden, wenn die Regierung aus Einzelkandidaten bestehen würde. Parteien könnten im Parlament mit der Regierung über Lösungen diskutieren. Die Einzelkandidaten wären dann in ihrem Handeln persönlich dem Volk verpflichtet.

Eine alleinige Partei mit durchsetzungsfähiger Mehrheit.

Wer wäre Ihrer Meinung nach der beste Koalitionspartner oder welche Koalition käme Ihren Vorstellungen am nächsten?

Das wäre tatsächlich die CSU.

Wir werden mit jeder demokratischen Partei sprechen, die bereit für einen Dialog auf Augenhöhe in der Sache ist und unsere demokratischen Grundwerte teilt. Infrage dafür kommen die SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wir werden sehen, ob sich die beiden Parteien dieser Herausforderung stellen oder lieber mit Merkel ein „weiter so“ anstreben.

Die besten Koalitionspartner wären für mich jene, mit denen wir den größten Teil sozialdemokratischer Vorhaben umsetzen können. Welche das sind, wird sich erst in Sondierungsverhandlungen ergeben.

Der beste Koalitionspartner ist der, mit dem wir am meisten Inhalte umsetzen können. Dazu müssen die Altparteien allerdings in fast allen Bereichen eine 180-Grad-Wende durchmachen. Derzeit ist keine der Altparteien koalitionsfähig.

Für mich gibt es keinen besten Koalitionspartner. Mir ist es wichtig, grüne Werte in der Regierung zu vertreten.

51 Prozent Wahlergebnis der FDP, damit wir keinen Koalitionspartner brauchen.

Freie Wähler arbeiten kommunal an Sachthemen mit allen Demokraten zusammen. Das wäre im Bundestag genauso, wobei die erste Wahlperiode für Regierungsbeteiligung zu früh ist. Die Farben sind heute nahezu austauschbar. Kein klassisches Rechts-Links-Schema mehr vorhanden.

Eine schwarz-grüne Koalition würde vielleicht die ökosoziale Marktwirtschaft förderlich sein. Eine Ökosoziale Marktwirtschaft wird jedenfalls von der ÖDP angestrebt.

Ich arbeite mit denen zusammen, die ernsthaftige Lösungsvorschläge für die Fragen unserer Zeit haben. Wir stehen am Anfang großer gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und sozialer Veränderungen. Wir brauchen keine Parteienspiele. Dafür haben wir keine Zeit, wenn auch die nächsten Generationen in sozialem Frieden, in einer gesunden Natur und in Sicherheit leben soll.

Kommt für mich als Einzelkandidat zurzeit nicht infrage. Werde ich gewählt, handle ich nach meinen christlichen Werten.

Sollte der Bund, obwohl eigentlich Ländersache, weitere Förderprogramme für beispielsweise Schulen, Radwege, Infrastruktur auflegen?

Ja!

Gute Bildung unabhängig vom Standort und der Finanzkraft der Länder zu gewährleisten, ist nur durch eine gemeinsame Finanzierung durch Bund, Länder und Kommunen möglich. Das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in der Bildung muss auch für den Bereich der allgemeinen Bildung und der Weiterbildung vollständig aufgehoben und stattdessen eine umfassende Gemeinschaftsaufgabe Bildung im Artikel 91b im Grundgesetz verankert werden. Darüber hinaus soll das Kooperationsverbot in Artikel 104b Grundgesetz, das heißt die Beschränkung der Bundesförderung auf Bereiche, in denen der Bund Gesetzgebungskompetenz besitzt, aufgehoben werden, um so alleinige Finanzierungen des Bundes oder gemeinsame Finanzierungen des Bundes und der Länder in den Bereichen von Bildung, Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung zu ermöglichen. Wir haben uns schon seit Jahren mit Anträgen dafür eingesetzt, die Mittel des Bundes für den Radverkehr zu erhöhen. Wir begrüßen es, dass der Bund jetzt endlich ein Förderprogramm für Radschnellwege beschlossen hat und setzen uns für dessen Aufstockung ein. Sicherergestellt werden muss dabei auch, dass die Planungen mit dem Mittelaufwuchs mithalten können.

Auf jeden Fall. Die Investitionen in die Bildung, angefangen von der frühkindlichen Bildung in unseren hervorragenden Kitas, ist eine Investition in die Zukunft unseres Landes. Das schaffen die Länder, Landkreise und Kommunen nicht allein. Hier ist der Bund in der Pflicht, sich zu beteiligen. Leider stoßen wir hier aber auch teilweise an das Kooperationsverbot im Grundgesetz. Bei Radwegen und anderer Infrastruktur haben wir an einigen Stellen noch Nachholbedarf, dessen Abbau wir vom Bund mit unterstützen können und sollten.

Wir haben genug von diesen „Förderprogrammen“. Wir brauchen endlich Investitionsprogramme. Die Leute fahren auf kaputten Straßen zur Arbeit, bringen ihre Kinder in Schulen, in denen der Putz von den Wänden fällt, und müssen ihre Eltern und Großeltern in Pflegeheimen mit zu wenig Personal liegen sehen. Deutschland hat eine der niedrigsten Nettoinvestitionsquoten der Welt. Mit hier und da ein bisschen „fördern“ ist es nicht getan. Das sind Alibiprogramme. Und die Bundesländer-Regelungen sind im Zweifelsfall ohnehin für solche Programme nie ein Hemmnis, wie das Konjunkturpaket II in der Weltwirtschaftskrise 2009 gezeigt hat. Auch dort wurden zum Beispiel Bildungs- und Infrastrukturinvestitionen zu drei Vierteln vom Bund finanziert. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg.

Ganz einfache Antwort: Ja

Ja, Infrastruktur ist extrem wichtig. Aber bitte mit Maß und Verstand.

Unbedingt. Ja, da viel Investitionsstau besteht und die meisten Gemeinden künftig mit knapperen Schlüsselzuweisungen zurecht kommen sollen. Natürlich darf die Förderung dann nicht von Landesmitteln abgezogen werden.

Die Bundesregierung muss in allen Bereichen die Rahmenkompetenz vorgeben, durchsetzen und kontrollieren, die Kommunen müssen sie umsetzen. Wozu brauchen wir dann noch die kostspieligen Länder mit Ministerpräsident, Landesregierung und Landesparlament. Ein kontrollierender Regierungsbezirk wäre ausreichend. Allein das Beispiel der Kultusministerkonferenzen mit über 260 hoch bezahlten Beamten geht jedes Mal aus wie das Hornberger Schießen. Alle Länder beharren auf ihren Kompetenzen zu Lasten der Schüler und Eltern.

Solange diese Themen noch Ländersache sind, sollte der Bund dennoch eine gesamtdeutsche Strategie fahren. Und dafür in den Ländern werben und diese unterstützen. Es ist zu überlegen, ob die Aufgabenteilung zwischen Ländern und dem Bund nach 68 Jahren noch sinnvoll ist. Fragen wie Bildung und Infrastruktur sind von nationaler Bedeutung. Wenn der Süden Deutschlands mehr und mehr die Mitte und den Norden über den Länderfinanzausgleich alimentieren muss und im Norden ein niedrigeres Bildungsniveau herrscht, wird dies langfristig zu Zerwürfnissen führen. Deshalb sollte der Bund mehr nationale Aufgaben bekommen und die Länder die eingesparten Gelder und das eingesparte Personal nutzen, um direkter am Bürger zu sein und die Brücke zwischen Bürger und Bund zu bilden.

Ja sollte er, da die Länder zur Zeit sehr belastet werden.